



HESSISCHER LANDTAG

15.11.2004

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2005 (Haushaltsgesetz 2005)
und zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung
Drucksache 16/2703**

- Einzelplan 08 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 0806 Freiwillige Transferleistungen
Förderbuchungskreis 2799

A. Leistungsplan/ Produktblatt

Zu Produkt Nr.: 37 NEU: Betreuungsgarantie - Umsetzung des
Tagesbetreuungsausbaugesetzes in Hessen
siehe Produktblatt 37

B. Erfolgsplan

Auswirkungen auf 544 Erträge aus Produktabgeltungen
Erfolgsplan erhöhen sich um 22 725 000 Euro

710-719 Betrieblicher Aufwand aus
Transferleistungen
erhöhen sich um 22 725 000 Euro

C. Kameraler Haushalt (Förderkapitel)

Auswirkungen wie im Förderbuchungskreis beantragt.

Wiesbaden, 4. November 2004

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir

Kapitel 0806/Buchungskreisnummer 2799
Freiwillige Transferleistungen
Wirtschaftsplan
Leistungsplan /Förderproduktblatt

Erläuterungen zu Förderprodukt Nummer 37 – Betreuungsgarantie – Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes in Hessen

1. Verantwortliche fachliche und operative Verwaltungseinheit

Hessisches Sozialministerium

2. Auftrags-/Rechtsgrundlage

Freiwillige Leistung nach Haushaltsgesetz auf Grundlage des Tagesbetreuungsausbaugesetzes des Bundes

3. Kurzbeschreibung des Förderproduktes

Studien belegen, dass der Wunsch nach einem Leben mit Kindern auch und gerade bei jüngeren Menschen vorhanden ist. So wünschen sich rund 70% aller 20- bis 34-Jährigen ein oder zwei Kinder - doch zwischen formuliertem und realisiertem Kinderwunsch klafft eine große Lücke. Als Ursache wird von der Mehrheit der Bevölkerung die unzureichende Betreuungssituation als Hauptgrund genannt. Wie wenig sich Beruf und Familie vereinbaren lassen, zeigt sich auch darin, dass 72% der Mütter mit kleinen Kindern sich eine stärkere Beteiligung am Arbeitsleben wünschen.

Die Studie „perspektive deutschland“ aus dem Sommer diesen Jahres kommt zu dem Ergebnis, dass Politik durch Maßnahmen die Realisierung des Kinderwunsches unterstützen kann: so würde ein Viertel der befragten jungen Frauen sich für ein bzw. ein weiteres Kind entscheiden, wenn eine spürbare Verbesserung der öffentlichen Betreuung stattfinden würde.

Im Herbst 2004 hat der Bundestag das „Tagesbetreuungsausbaugesetz“ beschlossen, mit dem Ziel nicht nur die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu erhöhen, sondern auch die Qualität der Betreuung zu verbessern. Mit dem Förderprodukt Betreuungsgarantie wird die bundespolitische Initiative aufgenommen und zu einem eigenständigen Hessenprogramm weiterentwickelt.

Experten gehen davon aus, dass mit regionalen Unterschieden eine Betreuungsquote von 20% für Kinder bis zu drei Jahren bedarfsdeckend wäre. Im Gegensatz zum Beschluss des Bundestages, der keine Bedarfsquoten vorschreibt, soll daher bis zum Jahr 2008 in Hessen durch einen jährlichen gleichmäßigen Platzausbau in Einrichtungen und in der Tagespflege die 20% Betreuungsquote erreicht sein.

Nach den neuesten Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamtes ist die Zahl der Kinder im Alter bis zu drei Jahren von 185 000 Anfang 1999 auf 166 000 zu Beginn des Jahres 2004 gesunken. Nicht zuletzt deswegen ist die landesweite Betreuungsquote für diese Altersjahrgänge im gleichen Zeitraum um 2 Prozentpunkt auf knapp 5% gestiegen – von einer bedarfsgerechten Versorgung kann also keine Rede sein. Auch im Bereich der Betreuung durch Tagesmütter und –väter wurde die Bedarfsdeckung jährlich nur um 2 Prozentpunkte verbessert.

Der Hauptgrund für die mangelhafte Betreuung ist bisher die unzureichende Landesfinanzierung. Aus Landesmitteln werden bisher nur geringe Betriebskostenzuschüsse für Krippenplätze verausgabt sowie in geringem Maß die Verbesserung der Infrastruktur der Tagespflege und Rentenzuschüsse für Tagesmütter und –väter finanziert. Für die Betreuungsplätze in der Tagespflege gibt es bislang keine Landeszuschüsse zu den Betriebskosten.

Bis zum Jahr 2008 soll in einem jährlichen gleichmäßigen Ausbau der Plätze um 5775 die 20% Quote erreicht sein. Da dieses Ziel über die Anforderungen des Bundesgesetzes hinausgeht, ist eine

Mitfinanzierung des Landes erforderlich, d.h. die Kommunen werden bei der Schaffung der Betreuungsplätze durch einen eigenen Landesfinanzierungsanteil unterstützt.

4. Bezug zu politischen Zielen

Regierungsprogramm BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN „Besser Leben in Hessen“, Kapitel „Kinder in den Mittelpunkt“, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Förderung der Betreuung von Kleinkindern, Drucksache 15/4238

5. Empfänger

Krippen, Krabbelstuben und altersgemischte Kindertageseinrichtungen sowie Tagespflegeangebote von öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe und Gemeinden

6. Zählgröße/Mengen im Haushaltsjahr

Jedes Jahr werden 5 775 neue Betreuungsplätze für Kinder bis zum dritten Lebensjahr gefördert; je 3 425 in Tagespflege, 2 350 in Krippen und Krabbelstuben, 300 durch Umwandlung von Kindergartenplätzen

7. Bewilligungsvolumen/Verpflichtungsermächtigungen

Haushaltsjahr 2005	Euro	Euro	nachrichtlich 2004
Gesamtkosten	22 725 000	0	
Davon für neues Programm 2005	22 725 000		
Bewilligungsvolumen 2005	22 725 000	0	Bewilligungsvolumen 2004

8. Produktspezifische Regelungen: Bewirtschaftungsvermerke

9. Finanzierungsmittel

Landesmittel

10. Förderproduktspezifische Kennzahlen/Qualitätskennzahlen

10.1. Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)

10.2. Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)

10.3. Kennzahlen zu quantitativen und qualitativen Leistungsmerkmalen

Erreichen der Betreuungsgarantie von 20% der Kinder im Alter bis zu drei Jahren Ende 2008

10.4. Kennzahlen zur Prozessqualität

10.5. Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit

Steigerung der Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren

11. Ggf. wichtige Entwicklungen mit Auswirkung auf das Förderprodukt

12. Laufzeit bzw. Befristung

Befristung Ende 2008.

Neue Bedarfserhebung des Programmes in 2009